

Hessen und die Wiedervereinigung - Aufbauhilfe für Thüringen 1989/90

WALTER MÜHLHAUSEN



DER AUTOR

Prof. Dr. Walter Mühlhausen (geb. 1956 in Neu-Eichenberg), Studium Universität Kassel, dort Promotion 1985; Habilitation 2006 Technische Universität Darmstadt; von 1986 bis März 2023 zunächst stellv. Geschäftsführer, ab 2008 Geschäftsführer und ab 2015 zugleich Mitglied des Vorstandes der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg; 2012 bis 2024 apl. Professor an der TU Darmstadt. Er ist u. a. Mitglied der Kommission für Politische und Parlamentarische Geschichte des Landes Hessen beim Hessischen Landtag.

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.
Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.*

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen aufgegriffen. Zum Themenspektrum zählen Porträts bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte, Gesellschaft und Kultur in Hessen.

Die Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen“ erscheint als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Mainzer Straße 98-102, 65189 Wiesbaden

Redaktion:	Andreas Lion, Lena Lukenbach, Martin Seeborn
Gestaltung:	MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal
Druck:	HSL, Wiesbaden
Erscheinungstermin:	2025
Auflage:	1.000
ISSN:	1612-0825
ISBN:	978-3-943192-84-1

Titelbild

Begrüßung der Hessen im thüringischen Eisenach mit einer Anspielung auf die inoffizielle „Hessen-Hymne“ der Rodgau Monotones „Die Hessen komme“.
Quelle: IMAGO/Jochen Tack

EINE WENDE UND EIN ENDE

Es ist ein historischer Tag sondergleichen in der neueren deutschen Geschichte: die unerwartete Öffnung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten am 9. November 1989, erkämpft von der friedlichen Revolution der Bürgerinnen und Bürger der DDR. Zeitgenossen in Ost und West wissen zumeist noch, wo und wann sie von diesem Ereignis erfuhren, viele am Abend dieses Tages, als sie staunend vor dem Fernseher die unvermittelte Ankündigung von neuen Regelungen der Ausreise aus der DDR durch Günter Schabowski, Führungsmitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), auf einer Pressekonferenz vernahmen: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen - Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse - beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. [...] Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu West-Berlin erfolgen.“ Das gelte, so das Zentralkomitee-Mitglied Schabowski auf Nachfrage eines Journalisten, ab „sofort.“¹

Der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU), der seit zweieinhalb Jahren eine CDU/FDP-Koalition führte, weilte mit einer Delegation von Bundeskanzler Helmut Kohl in

Bild 1:
Trabi goes West.

Quelle:
Gemeinde Philipps-
thal/Hersfelder
Zeitung





Warschau. Am Abend erhielt Wallmann von einem Mitarbeiter des Kanzlers die Nachricht, in „Berlin sei die innerdeutsche Grenze geöffnet worden, viele Ostberliner seien bereits in Westberlin“.² Das war nur eine knappe Mitteilung, aber es war eine Nachricht von weltgeschichtlicher Tragweite. Von einem auf den anderen Tag waren damit auch die knapp 270 Kilometer der schier unüberwindbaren Demarkationslinie zwischen Hessen und Thüringen durchlässig geworden. Der Ministerpräsident nutzte die „Gunst der Stunde“³, machte die Frage der Folgerungen aus der neuen Situation für Hessen und das Verhältnis des Landes zum Osten zur Chefsache. So übernahm Hessen eine Vorreiterrolle in dem zu diesem Zeitpunkt keineswegs zu erwartenden, dann rasant verlaufenden Vereinigungsprozess, der mit dem rechtlichen Vollzug der Einheit am 3. Oktober 1990 einen vorläufigen Schlusspunkt erreichte. Vor allem beim Aufbau des benachbarten (ehemaligen) Thüringen, das 1952 von der SED aufgelöst und in die Bezirke Suhl, Gera und Erfurt als Verwaltungseinheiten aufgespalten worden war und 1990 erst wieder begründet werden sollte, leistete das Land beispiellose Hilfe. Bereits am 14. November 1989, also fünf Tage nach der Grenzöffnung, stellte Wallmann vor dem Hessischen Landtag mit Blick auf die historischen

Bild 2:
Begrüßung von
DDR-Bürgern in
Philippsthal.

Quelle:
Gemeinde Philippsthal/
Hersfelder
Zeitung

Gemeinsamkeiten und Verflechtungen von Hessen und Thüringen, das erst 1920 aus der Zusammenlegung verschiedener Teilstaaten, ehemaligen Fürstentümern, gebildet worden war, die besonderen Beziehungen zwischen den beiden Ländern heraus: „Hessen und Thüringen sind zwei Regionen, die jahrhundertlang aufs engste miteinander verbunden waren und die durch die Teilung Deutschlands abrupt voneinander getrennt wurden. Mit der Öffnung der Grenzen besteht die große Chance, die frühere Gemeinsamkeit wieder aufzunehmen und zum Wohl der Menschen Verbindungen zu schaffen.“⁴⁴ Von daher ergab sich die Pflicht zur Unterstützung des östlichen Nachbarn beim Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen. Dies taten die Hessen in vielfältiger Form. Dabei unterstützten sie besonders Thüringen in dem Bemühen, die Folgen der Spaltung Deutschlands zu überwinden, die Erblast der DDR-Diktatur abzutragen und das Land auf den Pfad der Demokratie zu führen.

EINE GRENZE WIRD NEU GEZOGEN - RÜCKBLICK

Das Land Hessen in seinen heutigen Konturen ist ein Produkt der unmittelbaren Nachkriegszeit, geschaffen durch die Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Besatzungsmacht vom 19. September 1945 aus der Verbindung von weiten Teilen der ehemaligen preußischen Provinz Hessen-Nassau, dort den Regierungsbezirken Wiesbaden und Kassel, sowie des Volksstaates Hessen-Darmstadt. Nicht zum Land gehörten die links des Rhein gelegenen ehemaligen hessischen Gebiete, also Rheinhessen, sowie vier Kreise von Hessen-Nassau rund um Montabaur, die rechts des Rheins lagen. Sie gehörten zur französischen Zone und später zu Rheinland-Pfalz.

Wenige Tage vor der Landesgründung war es im Norden Hessens zu einem Gebietsaustausch zwischen amerikanischer und sowjetischer Besatzungszone gekommen. An der sogenannten „Whisky-Wodka-Linie“ verlief die für die Amerikaner so wichtige Nord-Süd-Bahnlinie südlich des Verkehrsknotenpunktes Eichenberg drei Kilometer durch thüringisches, also sowjetisch besetztes Gebiet. Es kam zu Konflikten, die erst mit dem „Wanfrieder Abkommen“ vom 17. September ein Ende fanden, als beide Seiten einen Gebietsaustausch vereinbarten: Dabei wurden die fünf hessischen Dörfer Asbach, Sickenberg, Vatterode, Weidenbach und Hennigerode mit etwas mehr als 400 Einwohnern Thüringen zugeschlagen. Im Gegenzug kamen die thüringischen Orte Werleshausen und Neuseesen mit rund 550 Einwohnern zu Hessen.

Diese Grenzziehung überstand auch die Wiedervereinigung, obwohl die wenigen verbliebenen Einwohner der in den Osten eingegliederten Gemeinden aus dem Gefühl heraus, Opfer der Teilung gewesen zu sein, den Antrag stellten, wieder nach Hessen zu kommen. Auch das von einer solchen Umgliederung betroffene Bad Sooden-Allendorf sowie die Hessische Landesregierung äußerten sich im Juni 1990 offen zu dieser Frage, die man nach der erwarteten Wiedergeburt des Landes Thüringen ernsthaft diskutieren wollte.

Die Thüringer Verantwortlichen fassten im Gegenzug die Rückkehr von Neuseesen und Werleshausen, der beiden ursprünglich thüringischen, mittlerweile in die Stadt Witzenhausen eingemeindeten Dörfer ins Auge. Das wiederum wollten diese nicht: In einer Bürgerbefragung 1992 lehnten über 90 Prozent eine Rückgliederung ab, eine von der Wiesbadener Regierung gestützte Entscheidung. Es blieb bei der 1945



vollzogenen Grenzziehung. Denn im Juli 1993 konterte die Erfurter Regierung, indem sie ihrerseits dem von den ehemaligen hessischen, nun thüringischen Gemeinden beantragten „Zurück nach Hessen“ die Zustimmung verweigerte. Da gab es nichts zu verhandeln. Bei einer Bürgerversammlung der betroffenen Orte im Juni des folgenden Jahres beantwortete der Erfurter Innenminister Franz Schuster (CDU) die aus dem Publikum gestellte Frage „Lassen Sie uns gehen?“ mit einem kurzen, aber unmissverständlichen „Nein.“⁵ Dabei blieb es dann auch.

HESSISCHE GESAMTDEUTSCHE INITIATIVEN NACH DEM KRIEG

Die nach 1945 sich verfestigende Teilung Deutschlands wirkte sich für das an die sowjetische Zone grenzende Hessen höchst negativ aus. Es trug den Realitäten im besetzten und sich spaltenden Deutschland vollauf Rechnung, wenn die Länder Hessen und Thüringen im Januar 1946 einen Wirtschaftsvertrag abschlossen. Diesem verweigerte jedoch die amerikanische Militärregierung ihre Zustimmung, weil sie noch ganz in gesamtdeutschen, allerdings angesichts der wachsenden alliierten Spannungen nicht mehr in bestehenden Kategoriedachte und einen einheitlichen Wirtschaftsraum für noch existent hielt. Gemeinsam aghierten die vier Siegermächte schon längst nicht mehr.

Bild 3:
Gefühl noch zu Hessen gehörend: Asbach und Sickenberg, die in der DDR-Zeit vereinigt wurden, waren 1945 zu Thüringen gekommen; Aufnahme zwischen Asbach und Bad Sooden-Allendorf, 20. Januar 1990.

Quelle:
Grenzmuseum
Schiffersgrund

Lange bemühte sich die erste, von den Amerikanern im Oktober 1945 eingesetzte hessische Regierung unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Karl Geiler um den Brückenschlag zwischen den Westzonen und dem sowjetischen Besatzungsgebiet. Sein Besuch Thüringens am 26. und 27. Januar 1946 erregte besonderes Aufsehen, war es doch die erste offizielle Reise eines Regierungschefs in ein Land einer anderen Zone. Der thüringische Ministerpräsident Rudolf Paul hatte ihn eingeladen; dieser kam dann Ende April zum Gegenbesuch nach Wiesbaden, ehe Geiler sich Mitte August zum zweiten Mal nach Weimar aufmachte. Die hessisch-thüringischen Beziehungen kühlten jedoch in dem Maße ab, wie das Verhältnis zwischen den westlichen Siegermächten und der Sowjetunion zusehends frostiger wurde. Untrügliches Zeichen war die Tatsache, dass ein für den Dezember 1946 avisierter Besuch Pauls, der nunmehr der im April 1946 in der Sowjetzone gegründeten SED, der Zwangsvereinigung aus KPD und SPD, angehörte, nicht mehr zustande kam. Paul sollte sich dann im September 1947 aufgrund der wachsenden Repressionen in den Westen absetzen. Die Spaltung war besiegelt und erschien in den nachfolgenden Jahrzehnten nahezu als unüberwindbar.

LEBEN AN DER NAHTSTELLE DES OST-WEST-KONFLIKTS

Die Grenze durchschneidet Gewachsenes auch im Raum Hessen, mitunter ohne jede Rücksicht auf die Gegebenheiten: In Philippsthal ging sie mitten durch das Haus einer Druckerei, deren Besitzer dann „kurz vor Schließung der Grenze 1952 die Maschinen in einer nächtlichen Aktion in den hessischen Gebäudeteil“ brachten, um einer Enteignung zu entgehen.⁶ Ungeachtet der zunehmenden Abschottung des Ostens und einer Verstärkung der Abriegelung ab 1952 kam es noch lange Zeit zu Begegnungen der Menschen über die zunächst mit Holzzäunen und Stacheldraht versehene Demarkationslinie hinweg. So fanden immer wieder sportliche Wettkämpfe vor allem auf unterer Ebene statt, besuchten sich Vereine aller Art, von Feuerwehren bis hin zu



Bild 4:
Gegenseitiges Beobachten: Grenzsoldaten Ost, die den Ausbau der Anlagen überwachen, beäugen per Fernglas einen Bundesgrenzschutzbeamten West 1960.

Quelle:
Point Alpha Stiftung

Gesangsvereinen, nahmen Delegationen einzelner Orte aus dem Osten an Festen in jenen Städten Hessens teil, zu denen traditionelle historische Verbindungen bestanden.

Mit Beginn der 1960er Jahre wurde der Deutschland in Ost und West trennende Eiserner Vorhang immer undurchlässiger. Die Grenze wurde von Seiten der DDR zu einem Bollwerk der Unmenschlichkeit mit Stacheldraht, Minen und Schießbefehl ausgebaut. Die „Zonengrenze“ bestand im Raum Hessen Ende der 1980er Jahre aus 236 km Metallgitterzaun, 3,3 km Stacheldrahtzaun, über 100 Beobachtungstürmen, mit über 50 km Licht- und Halogensperren sowie über 100 km Kfz-Sperrgräben. Über 400 Hunde in entsprechenden Laufanlagen waren ein zusätzliches Hindernis.⁷ Bereits fünf Kilometer vor dem eigentlichen Todesstreifen mit einem perfiden Überwachungssystem begann die Sperrzone, in die DDR-Bürger von außerhalb nur mit Genehmigung einreisen durften.

Jene, die noch die Zeit vor der Trennung erlebt hatten, mussten sich hilflos mit dem Ausbau des Schandmals arrangieren. Und für viele Nachgeborene im Westen, wie dem Autor, der seine Kindheit und Jugend in den späten 1950 und frühen 1960er Jahren in dem kleinen Ort Eichenberg im äußersten hessischen Norden verbrachte – glücklicherweise 500 Meter westlich des Sperrgürtels –, entwickelte sich keine emotionale Bindung zu der Bevölkerung hinter dem Zaun. Das war „drüben“, von Gemeinsamkeit wurde nicht gesprochen, schon eher von der Gefahr, dass „der Russe“ seine Finger auch nach dem Westen ausstrecken könnte. So war man doch einigermaßen beruhigt, dass die US Army als Schutzmacht nicht allzu weit entfernt einen Stützpunkt unterhielt. Die rein physische Abtrennung durch Stacheldraht und Minenfelder setzte sich auch in den Köpfen fest: „Für die meisten Bewohner der grenznahen nordhessischen Region endete [...] die Welt an der durch Mauer und Stacheldraht gekennzeichneten DDR-Grenze.“⁸

BEGEGNUNGEN ÜBER DIE GRENZE HINWEG

Der mit dem im Dezember 1972 abgeschlossene und ein halbes Jahr später in Kraft gesetzte Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR verbesserte die Zusammenarbeit zwischen Ost und West auf einigen Gebieten wie Kultur und Sport, doch nur allmählich. Durch den Vertrag war die Demarkationslinie für die Einwohnerschaft grenznaher Kreise durchlässiger geworden: Im Rahmen des „Kleinen Grenzverkehrs“ konnten sie Verwandte in den grenznahen



Bild 5:
Der Eiserner Vorhang wird engmaschiger: Sperranlagen bei Asbach 1962 mit Holzpfählen, Betonpfosten und Stacheldraht, von Hessen aus gesehen.

Quelle:
Grenzmuseum
Schiffersgrund



DDR-Gebieten besuchen. Ungeachtet dessen wollte eine Vielzahl das Land der Diktatur verlassen. Für 1984 registrierte das Regierungspräsidium in Kassel einen Zustrom legaler Umsiedler aus der DDR, der „alles bisher Dagewesene übertraf“.⁹

Die Abschottung von Ost gegenüber West führte dazu, dass es auch noch 30 Jahre nach Kriegsende ein vielbeachtetes Ereignis war, als Hessens Ministerpräsident Albert Osswald im März 1975 als erster Regierungschef eines westdeutschen Landes zu einem offiziellen Besuch für drei Tage in die DDR aufbrach, und zwar in die thüringischen Bezirke.¹⁰ Dagegen erwies sich manches Vorhaben der Annäherung auch später noch als ein zählbares Projekt. So wurde das Kulturabkommen zwischen der

Bundesrepublik und der DDR erst im Mai 1986 unterzeichnet. Die hessische Regierung hatte dem zwei Monate zuvor zugestimmt. Wenn auch damit der rechtliche Rahmen für eine engere Kooperation im Kulturbereich geschaffen worden war, so kam es zu einer spürbaren Intensivierung der Kontakte Hessens etwa zu den benachbarten thüringischen Bezirken Erfurt, Gera und Suhl nur recht zögerlich und sporadisch. Gleichwohl folgte einer Informationsreise hessischer Vertreter, angeführt von der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Vera Rüdiger (SPD), im Oktober 1986 ein intensiver Meinungs- und Erfahrungsaustausch im Bereich der Denkmalpflege.

Im Rahmen des Kulturprogramms fand der Austausch von Ausstellungen statt. So wurde die im August 1987 auf der Darmstädter Mathildenhöhe eröffnete Ausstellung zu Georg Büchner, dem Dichter des Vormärz, im März 1988 auch in Weimar gezeigt. Die Eröffnung in Anwesenheit von Delegierten hessischer Kultureinrichtungen und der Politik in der Stadt Goethes und Schillers Weimar begann allerdings verspätet, da der Wagen des Ministers für Wissenschaft und Kunst Wolfgang Gerhardt (FDP) wegen eines nicht angemeldeten Telefons „stundenlang am Grenzübergang Herleshausen festgehalten“ worden war.¹¹ Im Dezember 1987 durfte ein Kurs der Marburger Archivschule die Archive von Weimar, Gotha und Mühlhausen aufsuchen. Das war der Startschuss für weitere Konsultationen im Archivbereich.

Bild 6:
Perfektionierte DDR-
Grenzanlagen bei
Lindewerra 1980.

Quelle:
Grenzmuseum
Schiffersgrund, Slg.
Herbert Ferdinand



Im Mai des folgenden Jahres wurde nach mehrjährigen Sondierungen und Gesprächen die erste hessisch-thüringische Städtepartnerschaft begründet, und zwar zwischen Marburg und Eisenach¹²; dem folgte im Frühjahr 1989 jene von Kassel und Arnstadt. Das waren bereits vor der Grenzöffnung Zeichen einer vorsichtigen Annäherung. Hessen war darüber hinaus in herausgehobener Weise Ort des deutsch-deutschen Dialogs auf höchster Ebene: Im Mai 1970 hatten sich in Kassel Bundeskanzler Willy Brandt und der DDR-Ministerratsvorsitzende Willi Stoph nach ihrem Gipfel im März in Erfurt ein zweites Mal getroffen.

1987 verabschiedete der Wiesbadener Landtag einen von Ruth Wagner, der Vize-Präsidentin des Landtags, eingebrachten Antrag zur Förderung thüringisch-hessischer Kulturtage. Man hatte eine große Ausstellung „Hessen-Thüringen“ im Sinn. Im Rahmen des Vorhabens war eine sondierende Exkursion des Landtagsausschusses für Wissenschaft und Kunst ins Thüringische vorgesehen. Doch die DDR zögerte die Einreisegenehmigung hinaus. Erst im September 1989 kam das Plazet, sodass die Reise terminiert werden konnte: Sie sollte vom 14. bis 17. Februar 1990 erfolgen. Sie fand dann auch statt, aber unter gänzlich anderen Bedingungen und weltpolitischen Vorzeichen.

UNRUHE IM OSTEN, VORAHNUNGEN IM WESTEN

Im Laufe des Jahres 1989 formierte sich in der DDR eine breite Demokratiebewegung, die in ihrer Opposition gegen die SED-Herrschaft mit zunehmender Dauer auch auf der Straße ihre Forderungen artikuliert. Diese Unruhe in der DDR wurde auch befeuert durch die Perestroika eines Michail Gorbatschow in der Sowjetunion. Diejenigen jenseits der Minenfelder, die nicht mehr länger warten wollten oder nicht an die Reformfähigkeit des SED-Staates glaubten, wollten weg, weg in den Westen. Wer nicht den Weg über einen Ausreiseantrag – ein Verfahren mit unsicherem Ausgang – einschlagen wollte, dem bot sich Ungarn als Schleusentor an; Unzählige zwischen Stralsund und Aue brachen mit Sack und Pack ins südliche Bruderland auf. Nachdem die Budapester Regierung am 11. September 1989 den Druck aus dem Kessel genommen und offiziell die Grenze zu Österreich für Ankommende aus der DDR geöffnet hatte, sodass Tausende sich in Richtung Bundesrepublik aufmachen konnten, versammelte sich der Wiesbadener Landtag am 20. September, um über die neue Situation insbesondere die Lage der Aus- und Übersiedler zu beraten. Das war die erste von vier Landtagssessionen, die sich bis zum Februar 1990 mit der dramatischen Erosion im Osten, dem Zusammenbruch der DDR und seinen unmittelbaren Auswirkungen auf Hessen befassten.

Ministerpräsident Wallmann nahm Stellung zu den Ereignissen der vergangenen Wochen, insbesondere zum Ansturm von Flüchtlingen und Übersiedlern. Für ihn war dies Beleg für ein nach wie vor bestehendes Zusammengehörigkeitsgefühl und für die Sehnsucht der Ostdeutschen nach staatlicher Einheit: „Auch und gerade nach 40 Jahren der Trennung wollen Deutsche zueinander. Sie wollen und sie werden die Teilung unseres Volkes und Landes nicht hinnehmen. [...] Wir hier in der Bundesrepublik Deutschland haben kein Recht, unsere Landsleute in der DDR aufzufordern, ihre Heimat zu verlassen und hierher zu uns zu kommen. Aber es steht uns auch nicht zu, unsere Landsleute in der DDR zum Bleiben aufzufordern. [...] Aber ich sage

es noch einmal: Wer aus der DDR zu uns kommt, der hat einen Anspruch auf die gleichen Rechte, auf die gleichen Pflichten wie alle freien Deutschen. Wir weisen niemanden zurück.“¹³ Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Ernst Welteke forderte die DDR-Führung zu demokratischen Reformen auf, ohne dies allerdings gleich mit der Frage nach der staatlichen Einheit Deutschlands zu verknüpfen: „Unsere Erwartungen sind ja wohl nicht auf das Ende des Staates DDR gerichtet, sondern auf Reformen. [...] Wir können allerdings einen solchen Zusammenbruch auch nicht verhindern.“ Es war, so Welteke stellvertretend für alle Fraktionen, eine selbstverständliche Pflicht, die Neuankömmlinge aufzunehmen, denn „die Bürger der DDR sind für uns Deutsche“.¹⁴

Das, was im Osten passierte, wurde im Westen registriert, weitgehend mit großem Staunen, ja Ungläubigkeit. So gewann Ruth Wagner bei ihren Reisen nach Weimar und Dresden im Frühsommer 1989 den Eindruck von einer gedrückten Stimmung. Sie erkannte bei vielen jungen Leute die generelle Bereitschaft, ungeachtet möglicher staatlicher Repressionen für politische Veränderungen auf die Straße zu gehen oder der DDR ganz den Rücken zu kehren.¹⁵ Gegen Ende Oktober eroberten auch die Demokratiebewegten in Jena, Erfurt, Gera und anderen thüringischen Städten – den Leipziger Massendemonstrationen folgend – die Straße als Ort des öffentlichen Protests.

Trotz einiger Vorahnungen im Westen über die Destabilisierung im Osten, galt das, was der damalige Generalsekretär der Hessen-CDU Franz Josef Jung, der just am 9. November 1989 in Berlin mit Reformkräften der DDR zusammentraf¹⁶, rückblickend festhält: „Dieser 9. November 1989 kam für uns alle dennoch überraschend: Dass an diesem Tag die Mauer fallen würde, nachdem sie 28 Jahre lang das Symbol der Teilung Deutschlands und Europas war, hat in dieser Form niemand für möglich gehalten.“¹⁷ Kaum für möglich gehalten wurde es auch, dass die unerwartete Öffnung des Eisernen Vorhangs nach nur elf Monaten in die Vereinigung der beiden deutschen Staaten münden würde.

WELTGESCHICHTE VOR DER HAUSTÜR – DER 9. NOVEMBER 1989

Die Grenze öffnete sich am späten Abend des 9. November 1989, einem Donnerstag – unvermittelt und zum Staunen der Deutschen in Ost und West. Es folgten überschwängliche Szenen unbändiger Freude, vor allem auch in den hessischen Regionen nahe an der Grenze zum östlichen Nachbarn. Für die Bevölkerung dort war es „Weltgeschichte vor der Haustür“¹⁸, mit einer besonderen Bedeutung gerade für die Einwohner jener Orte, die bis dahin beim Verlassen der eigenen Haustür nicht zum nächsten Nachbarn im Nachbarort gelangen konnten, weil ein Sperrriegel dazwischenlag.

Das, was Ministerpräsident Wallmann am 11. November bei seinem Besuch in Herleshäusen erlebte, brannte sich dauerhaft in die Erinnerung der Beteiligten ein: „Man muss die dortigen Szenen erlebt haben, um sie zu glauben. Eine schier unendliche Reihe von Trabis fuhr gen Westen, die Fenster heruntergedreht, winkend, teilweise weinend und rufend. An der Fahrtstrecke standen Westdeutsche, die die



ankommenden Landsleute begeistert begrüßten. Sie reichten Kaffee, Kuchen, Apfelsinen oder Bananen. Ich stand unter den Menschen; wenn die Kolonne stockte, stiegen manche Fahrzeuginsassen aus, um mich zu begrüßen. [...] Von unseren Eindrücken war ich fast erschlagen.“¹⁹ Ost und West feierten die Begegnung(en).

Bild 7 und 8:
Begegnungen Hessen und Thüringen in Philippssthal.

Quelle:
Gemeinde Philippssthal/
Hersfelder Zeitung

Um den Herausforderungen gerecht zu werden, die der Ansturm der Bürgerinnen und Bürger aus der DDR nach sich zog, bildete sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung der DDR, die Grenze zu öffnen, im Hessischen Sozialministerium ein Arbeitsstab zur Frage der Unterbringung von Übersiedlern. Denn allein am Grenzübergang Herleshäuser Passierten bis zum Freitagnachmittag etwa 3.000 Menschen die Grenze in Richtung Westen. Nach Erkundung des Bundesgrenzschutzes beabsichtigte beinahe jeder Zehnte von ihnen, dauerhaft in der Bundesrepublik zu bleiben. Die zentrale Aufnahmestelle in Gießen meldete – nach Angabe des Sozialministeriums – mit etwa 1.000 einen neuen Rekord.²⁰ Auch das nun nicht gerade nahe der Grenze gelegene Wiesbaden ernannte bereits am 14. November einen Sonderbeauftragten zur Koordinierung des Stroms der Besuchenden.

Dem 9. November folgten Wochen eines regelrechten Ausnahmezustandes in den hessischen Grenzregionen, eine von vielen gern in Kauf genommene Ausnahmesituation, die mitunter ins Chaos abzudriften drohte, war man doch im Westen schlicht überfordert mit den willkommen geheißenen Deutschen aus dem Osten. Improvisation war Trumpf, auch ein wenig unbedenklicher Wagemut, zuweilen gepaart mit Leichtsinn, wenn Verantwortliche im hessischen Zonenrandgebiet das an die DDR-Besucher auszuzahlende Begrüßungsgeld – jede/r erhielt 100 DM – in Unsummen durch die Menge der Wartenden in Plastiktüten zu den Zahlstellen brachten.

Dieses Zueinanderfinden zwischen Ost und West setzte sich in den nächsten Tagen in einem noch stärkeren Maße fort, je mehr Grenzübergänge geschaffen wurden. So etwa in Philippsthal, dem direkten Nachbarort des thüringischen Vacha, wo von Seiten der DDR die „Westgrenze“ auch blickdicht gemacht

Das Land Hessen eröffnet im Sommer 2025 an dieser zentralen Aufnahmestelle eine Gedenkstätte, den Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen. Die Gedenkstätte widmet sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Vermittlung positiver Demokratiegeschichte sowie der (den) deutsch-deutschen Flucht- und Integrationsgeschichte(n) zwischen 1945 und 1989/90.



worden war, damit zwischen den Menschen „hüben“ und „drüben“ der Sichtkontakt unterbunden wurde.²¹ Die Brücke lag auf Thüringer Gebiet, die Grenze verlief am Westufer der Werra, des Grenzflusses. Am 12. November öffnete hier der Übergang. Allein in den ersten 24 Stunden nutzten über 13.000 die neue Reisemöglichkeit zu einer Privattour. Mit gutem Grund initiierte die hessische CDU genau an diesen beiden Orten am 16. Dezember 1989 das Treffen „Grenzenlos – gemeinsam für Deutschland“, zu dem 20.000 strömten.²² Die nun wieder begehbare Steinbrücke wurde 1990 zur „Brücke der Einheit“ erklärt; sie blieb nicht die einzige, der dieser Titel verliehen wurde. Auch die 1945 von der Wehrmacht gesprengte und 1999 wieder aufgebaute Brücke bei Lindewerra/Thüringen bekam diesen symbolhaften Namen.

Man beeilte sich allerorten, die Verbindungen zu verbessern. So wurde ebenfalls am 12. November der nördlichste Grenzübergang in Hessen geöffnet, die von den DDR-Grenzsoldaten und freiwilligen Helfern mit Hochtouren wieder befahrbar



Bild 9:
Die alte Reichsstraße 80 im Raum Neu-Eichenberg (Hessen) und Hohengandern/Arenshausen (Thüringen) ist wieder offen. Volkspolizisten am provisorischen Kontrollpunkt nehmen an ihren Tischen kaum Anteil am Geschehen.

Quelle:
Heinz-Alfred
Wilhelm,
Neu-Eichenberg



gemachte alte Reichsstraße 80 zwischen Witzenhausen und Hohengandern in der Gemarkung von Neu-Eichenberg. Zwischen dem hessischen Heringen-Leimbach und dem etwa vier Kilometer entfernten thüringischen Dippach folgte 14 Tage nach dem Mauerfall bereits der 14. Übergang.²³ Dabei galt das Versprechen von Hessens Wirtschaftsminister Alfred Schmidt, dass das Land die Kosten der neuen Grenzübergänge „bis weit über den Grenzzaun“ hinaus auf DDR-Gebiet übernehmen werde.²⁴ Zum Weihnachtsfest wurde die rasch gezimmerte neue provisorische Holzbrücke über die Werra zwischen Herleshausen und Lauchröden für Fußgänger freigegeben; sie wurde Jahre später durch eine massive Konstruktion ersetzt. So wurden allerorten über die Grenze hinweg aus Nachbarn wieder Nachbarn.²⁵ Bis zum Jahresende meldeten 32 Kontrollpunkte an der hessisch-thüringischen Grenze den Ansturm von etwa drei Millionen Ein- und Ausreisenden, und zwar vom 10. bis zum 30. November 1.479.700 und vom 1. bis zum 31. Dezember 1989 1.450.841, die über die Grenzübergangsstellen im Regierungsbezirk Kassel kamen und wieder gingen.²⁶ Bis zum Ende des Jahres 1989 blieb es bei dem einzigen Bahnübergang zwischen Bebra und Gerstungen.

Bild 10:

Ein besonderes Weihnachtsfest: Der Weihnachtsmann aus dem hessischen Herleshausen überquert am 23. Dezember 1989 die provisorische Holzbrücke über die Werra in Richtung des thüringischen Lauchröden, freudig von Kindern begrüßt.

*Quelle:
Bundesarchiv-
Bildarchiv: Bild
1983-1989-1223-011/
Jürgen Ludwig*

Neben den spontanen privaten Begegnungen wurden auch offizielle Vereinbarungen getroffen. Noch bevor Wallmann an die Städte, Gemeinden und Landkreise seines Landes appellierte, eine Partnerschaft mit einem thüringischen Pendant anzustreben, um den gesellschaftlich-menschlichen Einigungsprozess zu fördern und im nächsten Schritt anhand konkreter Projekte umzusetzen, hatten einige Städte schon gehandelt. Bereits am 10. November wurde als erste hessisch-thüringische Städtepartnerschaft nach dem Mauerfall jene zwischen Eschwege und Mühlhausen in Angriff genommen und dann am 22. Dezember besiegelt. Zum 9. Dezember 1989 war bereits eine direkte Busverbindung zwischen beiden Städten eingerichtet worden.

Auch auf höchster Ebene wurde der Weg hierzu geplant. Bei Wallmanns Treffen mit DDR-Regierungschef Hans Modrow und dessen Stellvertreter Lothar de Maizière am 24. November 1989 in Ost-Berlin stand die Einrichtung von Regionalpartnerschaften zwischen Hessen und den drei thüringischen Bezirken auf der Tagesordnung. Bei der Zusammenkunft der beiden Oberbürgermeister der Partnerstädte Kassel und Arnstadt, Hans Eichel und Bernd Markert, einen Tag zuvor, drehte es sich auch genau um eine solche Regionalpartnerschaft.²⁷ Aus dem Topf des dann in Wiesbaden beschlossenen Aktionsprogramms stellte die Landesregierung Mittel zur direkten Verwaltungshilfe durch die hessischen Kommunalverbände (Städtetag, Städte- und Gemeindebund sowie Landkreistag) zur Verfügung.

HESSEN STÜTZT DIE DDR-BÜRGERBEWEGUNG

Am 13. November 1989, dem Tag, als das Grenzsperrgebiet von der DDR aufgehoben wurde, erläuterte Ministerpräsident Wallmann in einer Pressekonferenz, man werde eine engere Kooperation mit der benachbarten Region Thüringen anstreben. Er stellte dabei finanzielle Unterstützungen in Aussicht, wenn die SED ihren Führungsanspruch aufgeben und freie Wahlen ausschreiben würde. Tags darauf holte sich Wallmann die Rückendeckung des Landtags. In seiner „Regierungserklärung zur aktuellen Entwicklung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Hessen“ unterstrich er die allgemeine Unsicherheit: „Freiheits- und Menschenrechte sind nicht gesichert, freie und geheime Wahlen nicht garantiert. Die SED besteht auf ihrem Monopol und alleinigem Führungsanspruch wie bisher.“ Gerade darum wollte man helfen: „Wir unterstützen unsere Landsleute in der Forderung nach Demokratie und Rechtsstaat. Sie haben ein unaufhebbares Recht über sich selbst zu bestimmen. Dies ist auch unabdingbare Voraussetzung für eine Entscheidung über die staatliche Einheit.“²⁸

In der anschließenden Parlamentsdebatte waren sich die Fraktionen einig darin, dass die ersten Schritte der politischen Veränderung in Richtung freie Meinungsäußerung, Reisefreiheit und freie Wahlen nur von den Bürgerinnen und Bürger der DDR selbst erreicht werden könnten. Dabei wollte man die Forderungen nach Demokratie und Freiheit durch konkrete Maßnahmen fördern. Zu einer von allen Parteien getragenen Entschließung kam es jedoch nicht. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Joschka Fischer, betonte, dass für seine Partei die Frage der Einheit nicht an erster Stelle auf der Agenda rangiere: „Für uns standen immer die Menschenrechte, die Freiheitsfrage und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR im Vordergrund.“²⁹

Der spätere Grünen-Minister Rupert von Plottnitz umreißt im Nachhinein die unterschiedlichen Stimmungslagen und Intentionen der Parteien: „Nachdem sich die erste Verblüffung gelegt hatte, gab es im Landtag natürlich Streit über die politische Beurteilung dessen, was da in der DDR so scheinbar plötzlich in Gang und ins Rutschen gekommen war. Hier die CDU, für die die Frage der Demokratie in der DDR sehr schnell eins war mit der nationalen Frage der Wiedervereinigung, dort die Grünen, die an die Wiedervereinigung so lange nicht glauben wollten, bis eine klare Mehrheit in der DDR sich in demokratischer Entscheidung für sie ausgesprochen hatte.“³⁰ Dazwischen eine hin- und hergerissene SPD.

Am Ende verabschiedete der Landtag am 14. November einen von den Regierungsparteien CDU und FDP sowie der oppositionellen SPD eingebrachten Antrag, bei dem sich die Grünen enthielten: „Der Hessische Landtag begrüßt die Öffnung der Grenzen der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, die Öffnung der Mauer in Berlin und die Aufhebung

Bild 11: Ministerpräsident Walter Wallmann, Hessens Innenminister Gottfried Milde und CDU-Landesgeschäftsführer Franz Josef Jung (v. l. n. r.) treffen am 3. Dezember 1989 in Weimar den Eisenacher Oberkirchenrat Martin Kirchner (r.) und die Pastorin Christine Lieberknecht, später thüringische Ministerin und Ministerpräsidentin (CDU).

Quelle:
Picture alliance /dpa
/Wolfgang Eilmes



des Schießbefehls. Der Hessische Landtag verfolgt mit großem Respekt, wie die Ideen der Freiheit, der Menschenrechte und der Selbstbestimmung in friedlichen Demonstrationen und Aktionen durch die Menschen in der DDR von ihrer Regierung eingefordert werden. Er unterstützt die Forderung nach unabhängigen Parteien, nach Aufhebung des Machtmonopols der SED und nach freien, gleichen und geheimen Wahlen. Dies begründet unsere Hoffnung, dass wir dem Ziel unserer Deutschlandpolitik in diesen Tagen näherkommen, nämlich auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.³¹ Im Antrag folgten noch konkrete Forderungen an die Führung der DDR. Es gehe nun darum, freie Wahlen durchzuführen und Rechtsstaatlichkeit herzustellen, um den Menschen in der DDR die Möglichkeit zu geben, ihre politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Die Entscheidung benannte als Endpunkt des unumkehrbaren Umbruchs die „Überwindung der Teilung“.

Diese sollte schneller kommen, als im November 1989 zu erwarten war. Die Ereignisse unterspülten alle Hoffnungen auf einen allmählichen Prozess hin zur Vereinigung und beförderten jegliche Gedanken an den Fortbestand von zwei Staaten auf das Abstellgleis. Denn es gab aber auch sie, die Gegendemonstrationen gegen eine baldige Einheit, gegen eine Vereinigung generell, wie jene am 12. Mai 1990 in Frankfurt a. M., als 20.000 auf der von linken Gruppen getragenen Veranstaltung unter dem Motto „Nie wieder Deutschland“ den Fortbestand der Zweistaatlichkeit und die Anerkennung der DDR forderten.³²

Das weitere Tempo wurde jedoch nicht im Westen, schon gar nicht in den dortigen Amtsstuben, sondern auf der Straße der DDR bestimmt; mit Füßen wurde der Takt vorgegeben. Aus dem „Wir sind das Volk“ wurde nach dem 9. November alsbald ein „Wir sind ein Volk“. Diejenigen der Opposition in der DDR, die weiterhin auf einen inneren Reformprozess zu einem demokratisierten Staat setzten, gerieten immer mehr in die Defensive, so wie diejenigen im Westen, die an der Zweistaatlichkeit festhalten wollten. Die Mehrheit im Osten wollte anderes: die Wiedervereinigung. Und sie kam, nachdem am 12. September 1990 in Moskau der sogenannte „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ unterzeichnet und somit das letzte weltpolitische Hindernis zur Bewerkstelligung der Einheit ausgeräumt worden war. In Hessen waren bereits Monate zuvor gewichtige Pflöcke für die Unterstützung Thüringens eingerammt worden.

DAS HILFSPROGRAMM HESSEN-THÜRINGEN

Am 5. Dezember 1989 verabschiedete das hessische Kabinett das Programm „Hessen hilft Thüringen“. Mit Stolz verweist Wallmann in seinen Erinnerungen darauf, dass der Beschluss der erste in dieser Zeit gewesen sei, „der in einem Bundesland [...] getroffen wurde.“³³ Am 13. Dezember erläuterte er im Landtag Ziele und Funktion der Hilfe. Zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen, so begann er seine Ausführungen, trete er nunmehr mit einer Regierungserklärung „zu den aktuellen Ereignissen in Deutschland“ ans Rednerpult. Da sich die Ereignisse überschlugen, wisse niemand, wohin die Reise letztendlich führen würde: „Aber eines ist sicher. Unsere Landsleute in der DDR wollen über ihre Angelegenheiten selbst bestimmen können, und ihr Ruf nach staatlicher Einheit aller Deutschen ist unüberhörbar.“ Dabei wollte Hessen dem

benachbarten Thüringer Raum, mit dem man „über Jahrhunderte verbunden“ sei, mit einem Aktionsprogramm helfen.³⁴ Diesem „Aktionsprogramm Hessen-Thüringen“ stimmte der Landtag dann am 8. Februar 1990 mit der Verabschiedung des Nachtragshaushalts endgültig zu.

Das Unterstützungsprogramm umfasste für den Zeitraum der kommenden fünf Jahre, also bis 1994, als nicht rückzahlbare Hilfe 250 Millionen DM, für den Doppelhaushalt 1990/91 zunächst 50 Millionen DM. Zudem wurden 250 Millionen DM für zinsgünstige Kredite bereitgestellt: „Das waren Entscheidungen ohne Netz und doppelten Boden“ – so Wallmann 2002.³⁵ Das Programm konzentrierte sich zunächst auf Sofortmaßnahmen, mit der die Lebensbedingungen ad hoc verbessert werden sollten, darunter Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Gesundheitswesen, Umweltschutz, Verkehrswesen und Denkmalpflege. Dann verschob sich die Gewichtung hin zum Aufbau demokratischer Strukturen auf allen Ebenen.

Eine Arbeitsgruppe der Landesregierung, u. a. mit Staatssekretär Alexander Gauland, seinerzeit Chef der Staatskanzlei und später AfD-Vorsitzender, sollte mit den Entscheidungsträgern im Raum Thüringen die konkreten Maßnahmen erörtern. Die Staatssekretärskommission konstituierte sich am 14. Dezember und versammelte sich bis zum April 1991 insgesamt zehn Mal. Die Entschlussfreudigkeit des Landes Hessen korrespondierte mit einer Kooperationsbereitschaft des Thüringer Raums, sodass dem Unterfangen ein nachhaltiger Erfolg beschieden war. Auf Thüringer Seite wurden die Reformmaßnahmen mit den „Runden Tischen“ der drei Bezirke Erfurt, Suhl und Gera abgestimmt. In diesen fanden sich oppositionelle Reformkräfte ganz unterschiedlicher Couleur zusammen, sodass sie die geeigneten Ansprechpartner für die Hessen darstellten.

Die Staatssekretärskommission wurde in Hessen zur zentralen Entscheidungsinstanz für Ausrichtung und Abwicklung des Aktionsprogramms. Zur parlamentarischen Kontrolle wurde am 8. Februar 1990 der „Beirat Hessen-Thüringen“ unter Vorsitz des sozialdemokratischen Fraktionschefs Ernst Welteke eingerichtet. In seinen insgesamt fünf Sitzungen bis zum März 1991 begleitete er das Programm mit kritischem Blick. Hier kam es mitunter auch zu politischen Zusammenstößen zwischen Opposition und Regierung, gespeist auch aus unterschiedlichen Absichten, wer wie zu fördern sei. Mit der Bildung einer neuen Regierung aus SPD und Grünen unter Ministerpräsident Hans Eichel (SPD) im April 1991 endete die Arbeit des Beirats wie auch der Staatssekretärskommission. Die Berichterstattung über das Programm erfolgte nun im Haushaltsausschuss. Denn auch die neue Landesregierung bekräftigte die Fortführung des Hessen-Thüringen-Programms, das sich nunmehr sehr stark auf die personelle und strukturelle Verwaltungshilfe zum Auf- und Ausbau rechtsstaatlicher Institutionen konzentrierte. Zum Jahresende 1994 lief das Aktionsprogramm dann aus, das von beiden Partnern, Hessen wie Thüringen, als ein „voller Erfolg“ gewertet worden ist.³⁶

Dabei bemühte sich die hessische Seite schon früh um eine Implementierung und Festigung demokratischer Grundwerte. Hier übernahm die Hessische Landeszentrale für politische Bildung eine wichtige Funktion. Sie war neben den Ministerien in die Ressortbesprechungen zur Umsetzung des Aktionsprogramms eingebunden und trug ihren Teil zur Demokratisierung bei, mit Publikationen, Begegnungen, Tagungen und Seminaren auf beiden Seiten der Grenze. Sie errichtete in Erfurt eine Zweigstelle, die sich allmählich zu einer Vorform der späteren, per Anordnung der Erfurter

Landesregierung vom 26. Februar 1991 ins Leben gerufenen Thüringischen Landeszentrale für politische Bildung entwickelte, bei deren Geburt die Hessen als Paten zur Seite standen. Besonders verdient machte sich dabei der inzwischen in Erfurt als Staatsminister tätige ehemalige hessische Landtagspräsident Jochen Lengemann (CDU), der auch dafür sorgte, dass die Thüringische Landeszentrale nach Organisation und Funktion sich an der Hessischen orientierte, deren Erfurter Zweigstelle dann im Mai 1991 in das neue thüringische Pendant überführt wurde.³⁷

PERSONELLE HILFEN

Noch 1990, mit der rechtlichen Zementierung der Einheit zum 3. Oktober, verlagerte sich der Schwerpunkt des Hilfsprogramms auf den Bereich der Verwaltung. Durch das Landeseinführungsgesetz der DDR-Volkammer, verabschiedet am 22. Juli, wurde mit Wirkung vom darauffolgenden 14. Oktober aus den alten DDR-Bezirken Erfurt, Gera und Suhl sowie den Kreisen Altenburg, Artern und Schmölln der Freistaat Thüringen gebildet. An diesem Tag wurde auch der erste Landtag gewählt. Das war der dritte Urnengang im Thüringischen nach den Volkskammerwahlen am 18. März und den Kommunal- und Kreistagswahlen am 6. Mai 1990. Im Oktober lag die CDU mit 45,4 % weit vor den anderen Parteien, der SPD (22,8 %), der Linken Liste/PDS als Nachfolgerin der SED (9,7 %), der FDP (9,3 %) und dem Neuen Forum-Grüne Demokratie (6,5 %).

Der Landtag konstituierte sich am 25. Oktober am historischen Platz, dem Nationaltheater von Weimar, dem Tagungsort des ersten wirklich demokratischen Reichsparlaments, der Nationalversammlung von 1919. Später tagte der Landtag im bald zur Landeshauptstadt gekürten Erfurt. Am 8. November wählte er den CDU-Politiker Josef Duchač, der in der Umbruchphase relativ spät in Erscheinung getreten war, zum Ministerpräsidenten einer CDU/FDP-Koalitionsregierung. Mit der Konstituierung von Landtag und Regierung hatten die Hessen im Thüringischen zwar einen zentralen Ansprechpartner, aber eine leistungsfähige Verwaltung als Unterbau musste überall im neuen Land erst noch aufgebaut werden. So ging das Erfurter Justizministerium im November 1990 einschließlich des aus Hessen stammenden Ministers Hans-Joachim Jentsch mit sieben Personen an den Start.

1992, im dritten Jahr, bestand das Hilfsprogramm bereits zu vier Fünfteln aus der Hilfe für Verwaltung und Justiz, darunter in Form von Abordnungen. Hierfür machte ein vom Wiesbadener Landtag im Oktober 1990 verabschiedetes Gesetz den Weg frei. Waren es im Dezember 1990 lediglich 104 Hessen gewesen, die vorübergehend jenseits der Werra beim Aufbau belastbarer und aktionsfähiger Verwaltungen halfen, so stieg die Zahl auf 681 im April 1992, dem Höchststand. 1993 ging die Zahl der Abordnungen stark zurück; denn – so wird resümiert – „die hessische ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ hatte gegriffen“.³⁸

So förderte Hessen auch mit der Abstellung von (in der Mehrzahl gewiss versiertem) Personal die demokratische Fundierung von Verwaltungs- und Rechtsstrukturen im Nachbarland. Das setzte ganz oben an: In der ersten Regierung des wieder errichteten Landes fungierten zwei Wiesbadener Landtagsabgeordnete als Minister: Hans Joachim Jentsch (CDU) übernahm das Ressort Justiz (später erweitert mit dem

Zusatz Bundes- und Europaangelegenheiten); der vormalige Landtagspräsident Jochen Lengemann, der in Wiesbaden 1988 nach einer für viel Wirbel sorgenden, letztlich aber gescheiterten überdimensionierten Diätenerhöhung für die hessischen Abgeordneten hatte zurücktreten müssen, versah den Posten eines Ministers für besondere Aufgaben. Während Jentsch noch in dem im Februar 1992 ins Leben gerufenen Nachfolgekabinett von Bernhard Vogel (CDU), des ehemaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, weitere zweieinhalb Jahre das Amt des Erfurter Justizministers bekleiden sollte, schied Lengemann mit der Neubildung aus.

Neben den beiden Ministern kamen weitere politische Kräfte aus Hessen nach Thüringen und nahmen in der zweiten Ebene als Staatssekretäre wichtige Funktionen ein. Darunter befanden sich jedoch solche, die in Hessen umstritten waren wie der Mitarbeiter der CDU-Fraktion Wolfgang Egerter. Er geriet in den Fokus des Interesses, als Wallmanns Chef der Staatskanzlei Gauland den langjährigen Leiter der Verbindungsstelle zwischen Landesregierung und Kirchen, den Sozialdemokraten Rudolf Wirtz, seines Postens enthob und als Nachfolger Egerter präsentierte.³⁹ Gegen den sudetendeutschen Verbandsfunktionär, der als ein Mann mit ausgeprägter rechter Gesinnung galt, erhob nicht nur der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, seine Stimme. Erfolgreich. Wallmann zog Gauland und Egerter und damit auch sich selbst aus der Schusslinie und machte den Vertriebenenfunktionär zum Leiter des Ende März 1990 eröffneten Hessischen Informationsbüros in Thüringen. Dieses in Erfurt eingerichtete Hessen-Büro war bis zu seiner Auflösung im Spätherbst 1990 Koordinations- und Kontaktstelle für die Maßnahmen im Zuge des Aktionsprogramms.⁴⁰ Egerter wechselte dann als Staatssekretär in den thüringischen Staatsdienst und fungierte schließlich als Berater des dortigen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel.

PRIVATE UND PARTEIPOLITISCHE INITIATIVEN

Jenseits der offiziellen staatlichen Schiene machten sich weitere aus Hessen wie etwa der ehemalige Finanzminister und Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt (SPD) um die Errichtung demokratischer Strukturen im Thüringischen verdient.⁴¹ Von Dezember 1989 bis nach der Kommunalwahl im Mai 1990 wohnte und arbeitete Arndt in Erfurt. Er half dort beim Aufbau der SPD im Thüringer Raum und bei der Vorbereitung der Volkskammer- und der Kommunalwahl. Zudem beriet er Wirtschaftskreise aus der Bundesrepublik und der DDR.

Auf Parteiebene war es gerade Arndts SPD, die sich schwertat, zum einen mit ihrem Verhältnis zur Frage der Einheit, wie und wann sie kommen sollte, zum anderen aber auch, wer im Osten Partner der Partei sein konnte. Ungeachtet dessen gründete sich unter tatkräftiger Mithilfe der hessischen SPD die Thüringer Partei am 27. Januar 1990 am historischen Ort Gotha, im „Tivoli“, wo 1875 der Vereinigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschland (SAP), der späteren SPD, stattgefunden hatte. Wie die SPD so leisteten auch die anderen Parteien Hessens Aufbauhilfe in personeller und struktureller Hinsicht. Die hessische CDU suchte zum einen den Kontakt zur erneuerten Ost-CDU, die sich mühte, das Odium einer Blockpartei abzustreifen, zum anderen auch zum Demokratischen Aufbruch. So war es nur folgerichtig, dass die hessische CDU im Januar 1990 mit Gastrednern sowohl

auf dem Gründungsparteitag der CDU Thüringen in Weimar als auch auf dem des „Demokratischen Aufbruchs Thüringen“ in Fischbach bei Gotha vertreten war.⁴²

Ebenfalls im Januar fanden sich auch die Liberalen in der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) zusammen. Die FDP-Landtagsfraktion aus Wiesbaden war vom 16. bis 19. Januar nach Thüringen gereist und knüpfte dabei auch Kontakte mit den politisch nahestehenden Zirkeln und förderte die neu entstehende liberale Partei. Daraus entwickelten sich dann Kooperationen vor allem von FDP-Kreisverbänden in Nord- und Osthessen mit den grenznahen Partnerorganisationen.⁴³ Die hessischen Grünen begaben sich um die Jahreswende nach Thüringen, um den Kontakt mit den Bürgerrechtlern zu intensivieren.

Bild 12:
Philippsthal: Der Grenzpfahl wird zertrümmert, die Mauer steht – noch. Aber auch sie verschwindet bald.

Quelle:
Gemeinde Philippsthal/Hersfelder Zeitung



EINHEIT JA, ABER KEINE VEREINIGUNG VON HESSEN UND THÜRINGEN

Eine andere Frage kam während des Vereinigungsprozesses noch einmal kurzfristig auf, wurde aber ohne große Verve debattiert: die Neugliederung der Länder. Diese hielt man lange Zeit eigentlich für erledigt, auch in Hessen, das nach der Landesgründung 1945 doch für eine längere Phase, bis weit hinein in die Bundesrepublik, eine Neugliederung im Sinn gehabt hatte. Dabei setzte Wiesbaden alles daran, die 1945 bei der Geburt Hessens aufgrund der Zoneinteilung verlorenen Gebiete, die nun zu Rheinland-Pfalz gehörten, zurückzugewinnen.⁴⁴ Aber das war angesichts des mannigfachen außerhessischen Widerstandes vergebliche Liebesmüh, wie die Hessen bald einsehen mussten. So liest man in der Ausgabe des regierungs-offiziellen Hessen-ABC von 1988, einem Jahr vor der Grenzöffnung, dass Hessen, „gemessen an Leistungsfähigkeit und Größe, keinen Anlass“ habe, „auf eine Neugliederung zu drängen“.⁴⁵

Die Wiedervereinigung 1989/90 brachte das Thema jedoch noch einmal aufs Tapet. In seinen Erinnerungen beschreibt Ministerpräsident Wallmann seine seinerzeitige Hoffnung auf ein geeintes Bundesland Hessen-Thüringen. Dabei sei er bereit gewesen, Kassel oder auch Erfurt als Hauptstadt des sicherlich leistungsstarken neuen Bundeslandes im Herzen Deutschlands zu akzeptieren. Eine solche Verbindung, die das Gefühl von hier West, dort Ost und die Ressentiments gegeneinander hätte überwinden können, sei aber von den Verantwortlichen im Osten abgeblockt worden. Wallmann vermutet als Gegner einer solchen Lösung seine ostdeutschen Parteifreunde Lothar de Maizière, den DDR-Ministerpräsidenten, und Josef Duhač, den damaligen Landesbeauftragten für das noch nicht gegründete Land Thüringen und späteren ersten Ministerpräsidenten.⁴⁶ Man verlor in der Wendezeit dann schnell das Interesse an der Frage, sodass das offizielle Wiesbaden seine Feststellung im Hessen-ABC von 1988 in der nachfolgenden Auflage des Hessen ABC (nun ohne Bindestrich) aus dem Jahr 2000 (beinahe wörtlich) wiederholte.⁴⁷ Man besaß und besitzt keine Ambitionen hinsichtlich einer Änderung der hessischen Grenzen.



Bild 13:
Dauerzustand:
Warteschlangen
am Grenzübergang
Herleshausen (Hessen)/
Wartha (Thüringen),
zuvor Kontrollpunkt
der Transitstrecke nach
Berlin, 10. November
1989.

Quelle:
Bundesarchiv-Bildarchiv
Bild 1983-1989-1100-
038/Jürgen Ludwig



VOM RAND IN DIE MITTE: HESSEN IM HERZEN DER GRÖßER GEWORDENEN BUNDESREPUBLIK

Mit der Abschaltung der Todesstreifen im November 1989 und der Wiedervereinigung im Oktober 1990 änderten sich die Rahmendaten vor allem für die Räume an der „Zonengrenze“, jene bis dahin seit den frühen 1950er Jahren mit einer besonderen Zonenrandförderung vitalisierten Gebiete in Nord- und Osthessen. 1967 zählten zwei der drei kreisfreien Städte und neun der 15 Landkreise des Regierungsbezirks Kassel zum Zonenrandgebiet. Das entsprach etwas mehr als

4.800 Quadratkilometern, was ungefähr die Hälfte des gesamten Regierungsbezirks umfasste. 1952 hatte der Landtag die Grenzräume zu Notstandsgebieten erklärt und entsprechende Förderprogramme aufgelegt, zugleich ebensolche vom Bund eingefordert. Die positive Seite der Grenzlage: Sie lockte ruhesuchende Großstädter in die Abgeschiedenheit des „Zonenrandes“ zum Urlaub, weil sich in dieser Region „die Füchse wirklich noch gute Nacht“ sagten, wie die Leiterin der Ferienanlage im hessischen Hohenroda (Kreis Hersfeld-Rotenburg), dreieinhalb Kilometer vom Stacheldrahtzaun entfernt, rückblickend den Zustrom von Urlaubern in das Grenzregion erklärt.⁴⁸

Die Wiedervereinigung katapultierte das einstige Grenzland in die Mitte Deutschlands. Das bedeutete zunächst einmal eine Erleichterung bei der Bewältigung von überregionalen Problemen, auch in vielen veraltungstechnischen Fragen: „Die immer wieder vermisste notwendige grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarregionen wurde von heute auf morgen möglich“, meinte ein Mitarbeiter im Regierungspräsidium Kassel⁴⁹, das wegen der Nähe seines Gebietes zu Thüringen durch die Grenzöffnung direkt vor immer neue Herausforderungen gestellt wurde. So fühlte sich Regierungspräsident Ernst Wilke (FDP) als der Beauftragte „Hessens für die Übergangszeit in Thüringen“. Sein Regierungspräsidium wurde zum Transmissionsriemen der Hessen-Förderung. So hat, Wilke zufolge, das Regierungspräsidium Kassel über einen Zeitraum von drei Jahren die Fördergelder in Thüringen verteilt und Personal nach Thüringen abgeordnet. Auch einige Pensionisten bewarben sich freiwillig für diese Aufbauhilfe.⁵⁰ Er selbst ging im Dezember 1991 als Leiter des neuen Thüringer Landesverwaltungsamtes nach Weimar, zu dessen Präsidenten man ihn im Februar 1992 bestimmte. Einen Monat später wechselte er als Staatssekretär ins Erfurter Umweltministerium.

In den ersten Monaten nach der Grenzöffnung profitierte auch Nordhessen wie alle Grenzregionen wirtschaftlich vom Nachholbedarf der Bürgerinnen und Bürger der DDR an Konsumgütern und von den Warenströmen gen Osten. Doch ökonomische Nachhaltigkeit ging davon nicht aus. Diese stellte sich auch nicht nach der Währungsunion zum 1. Juli 1990 ein, als die DM im Osten eingeführt wurde und die Ostmark bis zu einer bestimmten Menge zu einem rein politischen, nicht realökonomischen Kurs von 1:1 umgetauscht wurde. Die währungspolitische Einheit sorgte nochmals für einen kräftigen, allerdings nur temporären Kaufrausch. Dabei blieb es. Längerfristige Strukturverbesserungen erlebten die Zonenrandbezirke nicht, die sich weiterhin vor allem gegenüber dem wirtschaftlich prosperierenden Südhessen abgehängt fühlten. So kommt ein Bewohner Herleshausens, der sich für seine Heimat einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung und die Ansiedlung neuer Industrien erhofft hatte, zu dem ernüchternden Fazit: „Und jetzt auf einmal, liegen wir geografisch jedenfalls in der Mitte Deutschlands [...] Man hat sich von der Grenzöffnung auch einen Boom erhofft, was auch Wirtschaftsansiedlungen angeht, Gewerbegebiet und so weiter. Und da ist ja im Grunde fast nichts passiert, gar nichts.“⁵¹

Erst sehr viel später, nach der Jahrtausendwende, spürte Kassel nutzbringende Effekte. Die sich lange auf einem absteigenden Ast befindliche nordhessische Metropole wurde zur Boomtown, sodass sie – für viele überraschend – 2011 bei einem Dynamik-Ranking der deutschen Städte seitens der Zeitschrift „Wirtschafts-Woche“ auf Platz 1 landete. Was allerdings nur zum geringen Teil der neuen Lage im Zentrum der Republik geschuldet, sondern vielmehr auf eine kluge und innovative Strukturpolitik zurückzuführen ist.⁵²

WAS BLEIBT?

Rudi Arndt, der sich nach der Wende sofort ins Thüringische aufgemacht hatte, resümierte im Juni 1990 seine Tätigkeit dort: „Es waren sechs Monate, die am Anfang von überschäumender Euphorie und am Ende von Bitterkeit und Skepsis geprägt wurden. Wir Bürger aus der Bundesrepublik legen fast durchweg in einer bestürzenden Selbstverständlichkeit unsere durch die letzten vierzig Jahre geprägte Verhaltensweise als Maßstab für die Menschen in der DDR an. Die sind dagegen in einem System aufgewachsen, das ihnen das Denken und die Bewährung im Kampf um das tägliche Dasein abnahm.“ Fast schon resignativ klang seine Prognose: „Ich habe keinen Rat, wie sich von heute auf morgen diese beiden total unterschiedlichen Verhaltensweisen ohne schwere Deformationen einander angleichen können.“⁵³ Es will scheinen, dass solches Urteil auch noch heute in Teilen Gültigkeit besitzt.

Bild 14:
Grenzmuseum
Schiffersgrund
2022.

Quelle:
Grenzmuseum
Schiffersgrund/
Florian Wehr



Bei aller Hilfe, so wird die rückschauende Erkenntnis eines hessischen Aufbauhelfers zitiert, habe man sich wohl zu sehr um die materiellen Probleme gekümmert und zu wenig um die geistigen Themen. So konnte die in der Nachkriegszeit vollzogene Spaltung Deutschlands zwar rechtlich in Windeseile überwunden werden, doch diese Spaltung überdauerte in sozialer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und mentaler Hinsicht noch einige Zeit – in unterschiedlichen Schattierungen, Formen und Ausprägungen gar bis heute. Trotz alledem, so schlussfolgert der seinerzeitige Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Thüringen und Sachsen und spätere (ab 2006) Hörfunkdirektor beim Mitteldeutschen Rundfunk (mdr), Johann Michael Möller: „Thüringens Wiedererstehung wäre bei weitem mühsamer verlaufen, hätte es die frühen Helfer aus dem Nachbarland nicht gegeben.“⁵⁴ Das trifft zu.

Bild 15:
Point Alpha: Blick in die Dauerausstellung im Haus auf der Grenze.

Quelle:
Point Alpha Stiftung



EPILOG: ERINNERUNGSORTE

Die deutsche-deutsche Grenze ist 35 Jahre nach ihrer Überwindung auch im Bereich Hessen und Thüringen nahezu verschwunden, kaum mehr sichtbar. Mühsam gestaltet sich die „Spurensuche entlang der Grenze“⁵⁵: Man überquert die Demarkationslinie zwischen den beiden Bundesländern, ohne wahrzunehmen oder zu erkennen, dass man sich auf einem vormaligen Todesstreifen bewegt. Nur an wenigen Stellen finden sich Überbleibsel des terroristischen Schandmals. Umso wichtiger ist es, dass genau an der einstigen Trennlinie des Kalten Krieges die Erinnerung an diese Periode der deutschen, speziell der hessisch-thüringischen Geschichte wachgehalten wird.

An der hessisch-thüringischen Grenze geschieht dies besonders an zwei Orten: am Point Alpha in der Rhön und am Grenzmuseum Schiffllersgrund, zwischen dem nordhessischen Bad Sooden-Allendorf und dem thüringischen Asbach-Sickenberg gelegen. Hier hatten sich schon 1991 Bürgerinnen und Bürger aus Hessen und Thüringen zu einem „Arbeitskreis Grenzinformation“ zusammengefunden, dem es darum ging, Teile der Grenzbefestigung als Mahnmal zu erhalten. Sie wählten dafür den Ort, an dem am 29. März 1982 der 34-jährige Arbeiter Heinz-Josef Grosche beim Versuch, in den Westen zu gelangen, von DDR-Grenzposten erschossen worden war. Das am 3. Oktober 1991 eröffnete Grenzmuseum Schiffllersgrund kann für sich in Anspruch nehmen, das älteste Museum seiner Art an der innerdeutschen Grenze zu sein.⁵⁶

Einen weiteren Ort der Geschichtsvermittlung stellt der ehemalige US-Beobachtungstützpunkt Point Alpha zwischen Rasdorf und Geisa in der Rhön dar, der in der Zeit des Kalten Krieges Horchposten in die DDR war. Denn nur einen Steinwurf vom US-amerikanischen Camp entfernt befand sich die Grenze mit Beobachtungstürmen und Sperranlagen. Das sogenannte Fulda Gap, so befürchtete man im Westen, könnte bei einem Dritten Weltkrieg das Einfallstor für die Truppen des Warschauer Pakts sein. Denn hier ragte Thüringen nicht nur am weitesten nach Hessen hinein, wie ein Pfahl im Fleisch, sondern der Ostblock am tiefsten in die Bundesrepublik. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gaben die Amerikaner den Beobachtungstützpunkt 1991 auf. Er wurde schließlich Teil eines schon früh angedachten Grenzmuseums, initiiert und getragen von Fördervereinen auf hessischer und thüringischer Seite. In den denkmalgeschützten Baracken können in den Ausstellungen die militärischen Szenarien sowie der Dienst- und Lebensalltag der US-Soldaten nachempfunden werden. Ergänzt wird das Angebot durch die rekonstruierten Grenzsicherungsanlagen sowie durch drei weitere Ausstellungen im Haus auf der Grenze zum „Leben im Sperrgebiet“, der „Friedlichen Revolution“ und zum „Biosphärenreservat am Grünen Band“. Point Alpha hat sich damit „vom heißesten Punkt im Kalten Krieg zum Lernort der Geschichte“ entwickelt.⁵⁷

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung fördert Fahrten von hessischen Gruppen zu den beiden Grenzmuseen.⁵⁸





Bild 16:
Relikte des Kalten
Kriegs, Zeugnisse
der deutschen Spal-
tung am Point Alpha:
links der ehemalige
Beobachtungsturm
im US-Camp, rechts
der DDR-Grenzturm.

Quelle:
Point Alpha Stiftung

ANMERKUNGEN

- 1 <https://www.youtube.com/watch?v=kZiAxcgYY75Y> (Stand 28.8.2024).
- 2 Wallmann (2002), S. 187.
- 3 So Heidenreich (1995), S. 160.
- 4 Hessischer Landtag, 12. Wahlperiode, Plenarprotokolle (künftig kurz: HLT), Bd. 5, S. 4649; Auszug bei Brandes u. a. (2009), S. 41.
- 5 Ansbert Baumann: Das Wanfrieder Abkommen vom 17. September 1945 (Blätter zur Landeskunde, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), Erfurt 2005, S. 8; dazu mit weiterer Literatur: Mühlhausen (2023), S. 326 ff.
- 6 Schneider (1990), S. 53.
- 7 Nach Schneider (1990), S. 57.
- 8 Beitrag Axel Schneider in: Böhme/Mühlhausen (1995), S. 321 f.
- 9 Zitiert bei Dittrich (2008), S. 307.
- 10 „Ministerpräsident Osswald für drei Tage zu Besuch in der DDR, 18.–20. März 1975“, in: Zeitgeschichte in Hessen <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/1356>> (Stand 17.8.2024).
- 11 Beitrag Ruth Wagner (seinerzeit FDP-Landtagsabgeordnete) in: Kartmann/Schipanski (2007), S. 60.
- 12 Ausführlich zu dieser ersten Städtepartnerschaft: Brandes u. a. (2009), S. 257 ff.
- 13 HLT, Bd. 4, S. 4649; Auszüge bei Brandes u. a. (2009). S. 34 ff.
- 14 HLT, Bd. 4, S. 4666.
- 15 Beitrag Ruth Wagner in: Kartmann/Schipanski (2007), S. 60 f.
- 16 Man kann aber wohl kaum davon sprechen, dass „Wallmann und Jung [...] mit der Wahl dieses Termins einen sicheren historischen Instinkt bewiesen“ hätten, wie Heidenreich (1995), S. 158, meint. Es gilt wohl eher das nachfolgende Zitat von Jung, dass der Umbruch überraschend gekommen sei.
- 17 Beitrag Franz Josef Jung in: Kartmann/Schipanski (2007), S. 103.
- 18 Entnommen dem Titel des Beitrags von Torsten Neuborg in: Böhme/Mühlhausen (1995).
- 19 Wallmann (2002), S. 190.
- 20 „Millionen von DDR-Bürgern besuchen Berlin und die grenznahen Städte, 10.–12. November 1989“, in: Zeitgeschichte in Hessen <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/2766>> (Stand 19.11.2024).
- 21 Neuborg (1991), Bildteil Mitte o. S.; zur besonderen Grenzlage zwischen beiden Orten: Brandes u. a. (2009), S. 269 ff.
- 22 Zahl bei Heidenreich (1995), S. 165; Jung in Kartmann/Schipanski (2007), S. 106, nennt 40.000.
- 23 „Eröffnung eines neuen Grenzübergangs zwischen Heringen-Leimbach und Dippach, 23. November 1989“, in: Zeitgeschichte in Hessen <<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/1571>> (Stand 19.11.2024).
- 24 Nach Franz (1991), S. 506.
- 25 Deutschlandfunk Kultur: „Als aus Nachbarn wieder Nachbarn wurden“ vom 3. Oktober 2019; www.deutschlandfunkkultur.de/mauerfall-in-hessen-und-thueringen-als-aus-nachbarn-wieder-100.html (Stand 12.7.2024).
- 26 Dittrich (2008), S. 312.
- 27 Franz (1991), S. 506.
- 28 HLT Bd. 5, S. 5012; Auszüge in Brandes u. a. (2009), S. 38.
- 29 Brandes u. a. (2009), S. 39.
- 30 Beitrag Rupert von Plottnitz in: Kartmann/Schipanski (2007), S. 132.
- 31 Abgedruckt in Brandes u. a. (2009), S. 517 ff.
- 32 Arndt (2011), S. 224.
- 33 Wallmann (2002), S. 197.

- 34 Regierungserklärung komplett in Sarkowicz (2014), S. 99 ff.; Auszüge in Brandes u. a. (2009), S. 520 ff., dort S. 519 auch der Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Kabinettsitzung vom 5. Dezember 1989.
- 35 Wallmann (2002), S. 197.
- 36 So die Wertung des gemeinschaftlich vom Präsidenten des Hessischen Landtags, Norbert Kartmann, und der Präsidentin des Thüringer Landtags, Dagmar Schipanski, herausgegebenen Bandes: Brandes u. a. (2009), S. 279.
- 37 Siehe dazu den Bericht des seinerzeitigen Direktors der HLZ: Werner Wolf (2014), S. 294 ff.
- 38 Hessen und Thüringen – Nachbarn und Partner, S. 59.
- 39 Mühlhausen (2023), S. 496.
- 40 Dazu sein Bericht: Wolfgang Egerter in: Kartmann/Schipanski (2007), S. 69-76.
- 41 Hervorgehoben vom hessischen Landtagspräsidenten Norbert Kartmann (CDU) in: Kartmann/Schipanski (2007), S. 10.
- 42 Heidenreich (1995), S. 166.
- 43 Beitrag Ruth Wagner in: Kartmann/Schipanski (2007), S. 61 ff.
- 44 Mühlhausen (2023), S. 408.
- 45 Hessen-ABC. Ein Nachschlagewerk zur hessischen Landespolitik. Hrsg. vom Hessen-Dienst der Staatskanzlei, Wiesbaden 1988, S. 439.
- 46 Wallmann (2002), S. 204.
- 47 Hessen ABC. Das Nachschlagewerk zur hessischen Landespolitik. Hrsg. von der Hessischen Staatskanzlei, Wiesbaden 2000, S. 514.
- 48 Beitrag Karin Müller in: Neuborg (1991), S. 57.
- 49 Zitiert in Dittrich (2008), S. 311.
- 50 Dittrich (2008), S. 313.
- 51 Beitrag Deutschlandfunk Kultur (wie Anm. 25).
- 52 Dazu Walter Mühlhausen „Ausgerechnet Kassel“. Strukturen und Tendenzen der Stadtpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Kassel 4.0. Stadt der Transformationen, Marburg 2016, S. 45-62.
- 53 Arndt in einem Rundbrief am 13. Juni 1990, in: Arndt (2011), S. 223.
- 54 Beitrag Johann Michael Möller in: Kartmann/Schipanski (2007), S. 39.
- 55 Gleichnamiger Titel des Bildbandes mit Fotografien von Siegfried Wittenburg.
- 56 Mehr unter: <https://www.grenzmuseum.de/>. Die neue Dauerausstellung eröffnete im November 2024.
- 57 Mehr unter: <https://www.pointalpha.com/>.
- 58 <https://hlz.hessen.de/angebote/erinnerungskultur/fahrten-zu-gedenkstaetten/gds-sed-aufarbeitung/>.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- ARNDT, ROSELINDE u. a.: Rudi Arndt. Politik mit Dynamit. Eine politische Biografie, Hanau 2011.
- BÖHME, KLAUS/MÜHLHAUSEN, WALTER (Hrsg.): Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Jahrestag des Landes Hessen, Frankfurt a. M. 1995.
- BRANDES, KARIN (in Zusammenarbeit mit Klaus Eiler und Theo Schiller): Hessen und Thüringen – Wege der Partnerschaft. Das Aktionsprogramm 1989 bis 1994. Hrsg. von Norbert Kartmann und Dagmar Schipanski, Frankfurt a. M. 2009.
- DITTRICH, MARCUS: Bündeln & lenken. Das Regierungspräsidium in Kassel zwischen Verwalten und Gestalten, Kassel 2008.
- FRANZ, ECKHART G. (Hrsg.): Die Chronik Hessens, Dortmund 1991.
- HEIDENREICH, BERND: CDU Hessen – Vorreiter der Deutschen Einheit, in: Bernd Heidenreich/Werner Wolf (Hrsg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU in Hessen, Köln 1995, S. 155–176.
- HESSEN UND THÜRINGEN – Nachbarn und Partner. Begleitheft. Ergänzender Beitrag zur Ausstellung „20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit“. Hrsg.: Hessisches Hauptstaatsarchiv; Text, Bildreaktion, Wissenschaftliche Leitung: Johann Zilien, 2. überarb. Aufl. Wiesbaden 2009.
- KARTMANN, NORBERT/SCHIPANSKI, DAGMAR (Hrsg.): Hessen und Thüringen. Umbruch und Neuanfang 1989/90, Frankfurt a. M. 2007.
- MÜHLHAUSEN, WALTER: Hessen im 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte, Wiesbaden 2023.
- NEUBORG, TORSTEN: Mitten in Deutschland. Menschen an der Grenze. Gespräche und Fotos vor und nach dem 9. November 1989, Frankfurt a. M./Leipzig 1991.
- SARKOWICZ, HANS (Hrsg.): Hessische Geschichte in neun Reden. 70 Jahre Hessen, Frankfurt a. M. 2014.
- SCHNEIDER, AXEL: Hessen und Thüringen. Stichworte einer Nachbarschaft, Frankfurt a. M. 1990.
- SPURENSUCHE ENTLANG DER GRENZE. Mit Fotografien von Siegfried Wittenburg. Hrsg. von der Hessischen Staatskanzlei und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden, Nachdruck 2020.
- WALLMANN, WALTER: Im Lichte der Paulskirche. Memoiren eines Politischen, Potsdam 2002.
- WOLF, WERNER: Die Aufbauhilfe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen 1989 bis 1992, in: Bernd Heidenreich/Angelika Römig (Hrsg.): Das Land Hessen. Geschichte – Gesellschaft – Politik, Stuttgart 2014, S. 291–306.

HESSEN



HESSISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Mainzer Straße 98-102
65189 Wiesbaden
Tel. 0611-32 55 40 52/-54 (Publikationsausgabe)
Fax 0611-32 7 55 40 77

Die bisher erschienen Ausgaben
der Publikationsreihe Blickpunkt Hessen
sind unter folgendem QR-Code abrufbar:

